

**Die große Koalition als Zugewinnsgemeinschaft**  
**Eine Analyse der Bremer Bürgerschaftswahl vom 6. Juni 1999**

(unveröffentlichtes Manuskript von 1999)

Bürgerschaftswahlen in Bremen, dem Zweistädtestaat an der Weser, rufen in der Regel unter politischen Beobachtern nicht gerade ein überwältigendes Interesse hervor. Zu unbedeutend erscheint das kleinste Bundesland, das mit 488.812 Wahlberechtigten gerade mal die Dimension einer mittleren Großstadt in einem der Flächenstaaten erreicht, um auf bundespolitische Entwicklungen und Entscheidungen Einfluß nehmen zu können. Das überdurchschnittliche Interesse, das jedoch dem Ausgang der Bremer Wahl am 6. Juni diesen Jahres entgegengebracht wurde, verdankt sich vor allem den politischen Konstellationen, die seit der Bundestagswahl im September 1998 eingetreten sind. Nach der herben Wahlniederlage der Bonner Regierungsparteien in Hessen im April 1999 und dem Verlust der absoluten Mehrheit im Bundesrat, interessierte die politische Öffentlichkeit vor allem, wie SPD und Bündnisgrüne diesen zweiten Testlauf nach der Bundestagswahl überstehen würden. Darüber hinaus galt die Aufmerksamkeit der Wahlforschung der Frage, wie die Wähler die relativ reibungs- und geräuschlose Zusammenarbeit der Großen Koalition in Bremen bewerten würden.

Überraschend war am Wahlabend vor allem die Eindeutigkeit des Wahlergebnisses: Sowohl SPD (42,6 %) als auch CDU (37,1 %) konnten in einer Art wechselseitiger Zugewinnsgemeinschaft deutlich zulegen und zusammen 89 von 100 Sitzen im neuen Bremischen Landtag gewinnen - ein klares Votum für eine Fortsetzung der Großen Koalition. Offensichtlich war die Mehrheit der Wähler davon überzeugt, daß nur eine „Vernunfttehe“ der beiden großen Volksparteien den Strukturwandel, den die alte Hafenstadt seit einigen Jahren durchläuft, auch in den nächsten vier Jahren erfolgreich gestalten kann. Tatsächlich hatte die Große Koalition seit ihrem Amtsantritt vor vier Jahren eine beeindruckende Bilanz vorweisen können: Dank der neun Milliarden Mark Sanierungshilfe, die sich Bremen vor dem Bundesverfassungsgericht vom Bund und den anderen Bundesländern erstritten hatte, konnte das Profil der Hansestadt als Standort von Hochtechnologie gestärkt und der Ausbau des Dienstleistungssektors in Angriff genommen werden. Das Wirtschaftswachstum lag in den letzten Jahren deutlich über dem Bundesdurchschnitt, und es gelang zum ersten Mal seit Jahren, in Bremen wieder eine Art Aufbruchstimmung zu erzeugen. Allerdings weist die Bilanz auch einige Schönheitsfehler auf, die aber offenbar nicht wahlrelevant waren. So ist Bremen mit über 17 Milliarden Mark bei 677.000 Einwohnern eine der Städte mit der größten Pro-Kopf-Verschuldung in der Bundesrepublik, die Arbeitslosenquote liegt mit 15,6 % ungefähr auf

dem Niveau einiger neuer Bundesländer, und auch bei der Anzahl der Sozialhilfeempfänger nimmt Bremen - gemessen an seiner Einwohnerzahl - einen Spitzenplatz ein. Rot-Grün als mögliche sozial-ökologische Alternative zur Großen Koalition - eine Option, mit der auch Teile der Bremer SPD durchaus sympathisierten - konnte aber trotz dieser negativen Zahlen weder während der vergangenen Legislaturperiode noch im Wahlkampf eine mobilisierende Wirkung entwickeln. Im Gegenteil: Nur 17,5 % der Wähler wünschten sich im Vorfeld der Bürgerschaftswahl eine Koalition aus SPD und Bündnisgrünen - ein erstaunliches Ergebnis in einer Stadt, die traditionell eher links wählt.

Neben der Eindeutigkeit des Wählervotums für eine Fortsetzung der Großen Koalition verdienen vor allem die Details des Wahlausganges Aufmerksamkeit, weil erst sie die wirklichen Verschiebungen seit der Bürgerschaftswahl vor vier Jahren deutlich machen. Bemerkenswert war zunächst einmal die niedrige Wahlbeteiligung, nicht nur, weil sie Aufschluß über den Grad der „Demobilisierung“ der Wähler bei dieser Wahl gibt, sondern weil sie auch das Wahlergebnis, soweit man nur auf die prozentualen Stimmenanteile schaut, in gewisser Weise verfälscht. Nur 60,1 % der Wahlberechtigten gingen an die Wahlurnen - die mit Abstand niedrigste Wahlbeteiligung seit Beginn der Landtagswahlen in Bremen im Jahre 1951. Dieses Ergebnis lag noch einmal 8,4 % unter der bereits schwachen Wahlbeteiligung von 1995. Vor allem zwei Faktoren können für dieses unter demokratischen Gesichtspunkten zumindest „beunruhigende“ Wahlverhalten verantwortlich gemacht. Offensichtlich sind viele Wähler bereits im Vorfeld der Bürgerschaftswahl davon ausgegangen, daß sich an der bestehenden Regierungskonstellation nichts ändern würde. So äußerten bei einer repräsentativen Umfrage im Rahmen eines Projekts des Studiengangs Politikwissenschaft an der Universität Bremen eine Woche vor der Wahl fast 70 % der Befragten, daß sie einen Fortbestand der Großen Koalition erwarten. Hinzu kam, daß der Wahlkampf durch den konsensualen Regierungs- und Wahlkampfstil des Senatspräsidenten und Spitzenkandidaten der SPD, Henning Scherf, geprägt war. Er hatte sich in der Öffentlichkeit sehr früh auf eine Fortsetzung der Großen Koalition festgelegt und vermied bewußt polemische Abgrenzungen gegenüber der CDU. Es gab deshalb so gut wie keine polarisierenden Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Volksparteien, und auch die kleinen Parteien waren nicht in der Lage, eigene mobilisierende Akzente im Wahlkampf zu setzen. Im Unterschied zur Hessenwahl dominierten darüber hinaus keine bundespolitischen Themen, die zur einer scharfen Polarisierung hätten führen können, den Bremer Wahlkampf. Die CDU hatte ihre Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, nachdem sie ihr Ziel in Hessen erreicht hatte, ad acta gelegt, und der Kosovo-Krieg eignete sich aus verständlichen Gründen - sieht man einmal von der PDS ab - für keine der Parteien zur parteipolitischen Profilierung.

Welche Auswirkungen hatte nun die geringe Wahlbeteiligung auf das Endergebnis? Für die Beantwortung dieser Frage ist es aufschlußreich, sich statt der prozentualen die absoluten Zahlen des Wahlergebnisses im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl anzuschauen.

### Amtliches Endergebnis

	Endergebnis 1999		Endergebnis 1995	
	absolut	%	absolut	%
Wahlberechtigte	488.812		507.084	
Wahlbeteiligung	293.794	60.10	348.030	68,63
Gültige Stimmen	291.091	100	344.440	100
SPD	123.875	42.56	115.001	33.39
CDU	108.050	37.12	112.301	32.60
Grüne	25.958	8.92	44.977	13.06
AFB	7.110	2.44	36.735	10.67
DVU	8.823	3.03	8.503	2.47
F.D.P.	7.327	2.52	11.607	3.37
PDS	8.418	2.89	8.174	2.37
NPD	817	0.28	324	0.09
Naturgesetz Partei	713	0.24	501	0.15

Die Tabelle beruht auf Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen - Wahlamt -

Die einzige von den wieder in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien, die nicht nur prozentual, sondern auch in absoluten Zahlen zugelegt hat, ist die SPD. Tatsächlich konnte die SPD diesmal 123.875 Wähler (42,6 %) gewinnen, ein Nettogewinn von fast 9.000 Wählern im Vergleich zu 1995 (115.001 Stimmen = 33,4 %). Dieses Ergebnis ist deshalb fast sensationell, weil die SPD in den Legislaturperioden nach 1987, als die Sozialdemokraten mit 50,5 % noch allein in Bremen regierten, erdrutschartig in der Wählergunst abgestürzt war. Der größte Einbruch erfolgte 1991, als die Partei nur noch 38,8 % der Stimmen erhielt. 1995, bei der letzten Bürgerschaftswahl, trennten CDU (die 1987 noch bei 23,4 % lag) und SPD nur noch 0,8 % voneinander (SPD 33,4 %, CDU 32,6%). Daß die SPD sich diesmal aus diesem Stimmungstief wieder herausarbeiten konnte, verdankt sie zum einen der Popularität ihres ehemals „linken“ Vormannes Henning Scherf, der in der Großen Koalition zum Verfechter eines wirtschafts- und innovationsfreundlichen Kurses wurde, zum anderen der Tatsache, daß die rechtssozialdemokratische Wählervereinigung Arbeit für Bremen (AfB),

die der SPD 1995 massiv Stimmen abgenommen hatte, diesmal wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwand (7.110 Stimmen = 2,4 %). Viele derjenigen eher traditionell orientierten Sozialdemokraten, die 1995 der AfB ihre Stimmen gegeben hatten, um einen rot-grünen Senat zu verhindern, votierten diesmal wieder für die SPD, nachdem Scherf keinen Zweifel daran gelassen hatte, daß er die Große Koalition fortsetzen will. Hinzu kam, daß die AfB es schwer hatte, in der letzten Legislaturperiode ein eigenes Profil zu entwickeln, weil sie de facto die Politik der Regierungskoalition vertrat. Darüber hinaus kam der SPD entgegen, daß einige der Gründer die AfB kurz vor der Wahl verlassen hatten und wieder in den Schoß der SPD zurückkehrten. Überraschenderweise konnte die SPD aber auch in den Hochburgen der Grünen, in der Vorstädten rund um den Innenstadtkern, deutlich dazugewinnen. Dort lagen die Gewinne zum Teil bei über 10 %. Insgesamt verloren die Bündnisgrünen 8.000 Wähler an die SPD. Man kann unterstellen, daß es sich dabei überwiegend um „rot-grüne“ Wechselwähler handelt, die je nach politischer Lage mal für die SPD, mal für die Bündnisgrünen optieren. Angesichts der Unwahrscheinlichkeit einer rot-grünen Koalition nach der Wahl gehörte es offensichtlich zum Kalkül dieser Wähler, die SPD im Verhältnis zur CDU deutlich zu stärken.

Aber auch die CDU, so sah es zumindest in der Wahlnacht aus, konnte ihre Wähler optimal mobilisieren und erzielte mit 37,1 % das mit Abstand beste Wahlergebnis in ihrer Bremer Geschichte. In der Endphase des Wahlkampfes, als die Wahlumfrage der Bremer Universität sogar eine mögliche absolute Mehrheit für die SPD signalisierte, ließ die Führung der Christdemokraten noch einmal flächendeckend große Wahlplakate kleben, auf denen die Verdienste der CDU-Senatoren bei der „Sanierung“ Bremens hervorgehoben wurden und vor einer Alleinherrschaft der SPD gewarnt wurde. Statt dessen versuchte man, die Rolle der CDU als Lokomotive der Großen Koalition, die den „unsicheren“ Koalitionspartner SPD vor sich hertreibt, herauszustreichen. Vor allem in den bürgerlichen Wohnquartieren am Stadtrand von Bremen konnte die CDU mit dieser Strategie ihre Wähler an die Wahlurnen bringen. Davon zeugen sowohl die überdurchschnittliche Wahlbeteiligung in diesen Quartieren als auch die hohen Stimmenanteile für die CDU. Dennoch täuscht das prozentuale Wahlergebnis über die tatsächliche Stärke der CDU hinweg, denn gemessen an den absoluten Zahlen haben die hanseatischen Christdemokraten sogar Stimmen verloren. Während 1995 noch 112.301 Wähler ihre Stimme für die CDU abgaben, waren es diesmal nur 108.050 - ein Verlust von immerhin mehr als 4.000 Stimmen. Das gute Wahlergebnis verdankt die CDU also vor allem der geringen Wahlbeteiligung, nicht der Tatsache, daß sie Stimmen hinzugewinnen konnte - ein Grund für die CDU, in den nächsten vier Jahren der Fortsetzung der Großen Koalition über ihre Strategie nachzudenken. Offensichtlich muß die CDU aufpassen, daß sie in der Großen Koalition nicht zuviel an eigenem Profil verliert.

So eindeutig wie die großen Parteien - zumindest vom Ergebnis der Sitzverteilung her - als Wahlgewinner der Bremer Bürgerschaftswahl feststehen, so eindeutig lassen sich die kleinen Parteien als die Verlierer dieser Wahl qualifizieren. Am stärksten hat es die landespolitische Wahlvereinigung AfB getroffen, die noch 1995 als rechtssozialdemokratische Abspaltung aus dem Stand 10,7 % der Stimmen gewonnen hatte, diesmal aber auf 2,4 % zurückfiel und nicht mehr in der Bremischen Bürgerschaft vertreten ist. Nicht weniger deprimierend ist das Ergebnis für die FDP, die noch in den siebziger Jahren bis zu 13 % der Stimmenanteile für sich verbuchen konnte. Mit 2,5 % lag diesmal das Ergebnis sogar noch unter dem der PDS und um fast einen Prozentpunkt niedriger als 1995. Angesichts der Klarheit, mit der SPD-Spitzenkandidat Henning Scherf sich im Vorfeld der Wahl zur Fortsetzung der Großen Koalition bekannt hatte, lief das Wahlkampfkonzept der FDP mit der zentralen Losung „Rot-Grün verhindern“ ins Leere. Aber auch das Stammwählerpotential der FDP ist mittlerweile so ausgedünnt, daß es für die Partei immer schwieriger wird, die 5 % Hürde zu nehmen. Zu den Verlierern zählen auch die Bündnisgrünen, deren Abwärtstrend in der Hansestadt an der Weser nicht gestoppt werden konnte. Bremen war das erste Bundesland, in dem die Grünen bereits 1979 in ein Landesparlament eingezogen waren. Seitdem gehörte es neben den anderen Stadtstaaten zu den grünen Hochburgen mit zweistelligen Wahlergebnissen. So konnten die Bremer Grünen bei der Bürgerschaftswahl 1995, nach dem Scheitern der ersten Ampelkoalition in den westlichen Bundesländern, noch 13,1 % der Stimmen gewinnen. Diesmal landeten sie bei „nur“ noch 9,0 %. Wie dramatisch der Absturz in der Wählergunst tatsächlich war, offenbart wiederum erst der Blick auf die absoluten Zahlen. Nur noch 25.958 Wähler im Verhältnis zu vormals 44.977 Wählern gaben den Bündnisgrünen ihre Stimme - 7.000 Stimmen verloren sie allein an die Nichtwähler, 8.000 Wechselwähler an die SPD, 1.000 an die CDU und einige hundert an die PDS. Besonders hoch waren die Verluste bei den Jungwählern. In der Altersgruppe der unter 25jährigen und 25- bis 35jährigen jungen Frauen verlor die Partei fast 15 % ihrer Wählerschaft. Der Abwärtstrend der Grünen hat strukturelle Ursachen, die im momentanen Zustand der Partei verortet werden können, aber auch einige spezifische landespolitische Gründe. Zum einen hat die Position der Parteiführung im Kosovo-Krieg und die schlechte Performance der Partei in der rot-grünen Bundesregierung - wenn man sich die Bewegung zu den Nichtwählern anschaut - offensichtlich zu einer starken Demobilisierung der grünen Stammwählerschaft beigetragen. In ihren Hochburgen rund um den Innenstadtkern fielen die Verluste durch Nichtwahl besonders hoch aus. Zum zweiten ist es den Grünen im Wahlkampf nicht gelungen, sich als attraktiven und kompetenten Koalitionspartner der SPD darzustellen und damit auch rot-grüne Wechselwähler für eine Stimmabgabe für die Ökopartei zu motivieren. In einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen wurde die politische Arbeit der Bremer Grünen noch schlechter beurteilt als

die Politik der Bundespartei. Viele, auch sozialdemokratische Wähler, hatten kein Vertrauen darin, daß die SPD in einer Koalition mit den Grünen die schwierigen Sanierungsaufgaben des Stadtstaates würde bewältigen können. So äußerten 69 % der SPD-Wähler, daß sie eine Fortsetzung der Großen Koalition einer rot-grünen Regierung vorziehen würden. Schließlich mußten die Grünen in ihren „linken“ Hochburgen auch an die PDS, die mit Plakaten einen gezielten Antikriegswahlkampf gegen die Grünen geführt hatte, Stimmen abgeben. Erstaunlicherweise gelang es der PDS aber nicht, Honig aus der Krise der Grünen zu saugen. Mit einem Ergebnis von 2,9 % (8.418 Stimmen) blieb die Partei weit hinter ihren Erwartungen zurück. In absoluten Zahlen waren die Zugewinne minimal (250 Stimmen). Insofern kann das Projekt Westausdehnung, welches die PDS seit Jahren vor allem in dem Minielektorat Bremen zielstrebig verfolgt, wohl vorerst ad acta gelegt werden. Es fehlt der PDS selbst in den westdeutschen Großstädten nach wie vor an einem Milieu, das sie trägt.

Besondere Aufmerksamkeit unter den kleineren Parteien verdient noch die DVU. Bereits seit 1987 hat sich die rechtsextremistische Partei im Stadtstaat Bremen, wo die Voraussetzungen für einen massiven Plakat- und Hauswurfwahlkampf mit einer stimmungsvollen Anti-Ausländer-Stoßrichtung besonders günstig sind, festgesetzt. Die Tatsache, daß sie einen Abgeordneten in das Landesparlament entsenden kann, verdankt sie einer Besonderheit des Wahlsystems im Zweistädtestaat. Ähnlich wie bei der Bundestagswahl 1990, als durch die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts in einer historisch einmaligen Situation die beiden getrennten Wahlgebiete West und Ost eingerichtet wurden, gibt es im Land Bremen die beiden Wahlgebiete Bremen Stadt und Bremerhaven, für die jeweils getrennt die 5 % Klausel gilt. Das Landesparlament setzt sich aus 80 Abgeordneten aus Bremen und 20 Abgeordneten aus Bremerhaven zusammen. Da die DVU nun 1987 und bei der jetzigen Bürgerschaftswahl in Bremerhaven mehr als 5 % der Wählerstimmen gewinnen konnte, war sie bereits damals und ist auch jetzt wieder mit einem Abgeordneten im Landesparlament vertreten. Bei der Wahl 1991 gelang es ihr sogar, in Fraktionsstärke in den Landtag einzuziehen (6,2 %), und auch 1995 fehlten der DVU in Bremerhaven nur knapp 200 Stimmen, um erneut einen Abgeordneten in das Landesparlament zu schicken. In dem Urteil Leherheide-West, einer Siedlung des sozialen Geschoßwohnungsbaus mit einem hohen Anteil von Ausländern und Aussiedlern, konnte die DVU in den letzten 10 Jahren konstant über 5 % der Stimmen erzielen. Bemerkenswert ist auch das Ergebnis für die DVU unter den männlichen Jungwählern: In der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren kam sie sogar in der Stadt Bremen auf 9 % der Stimmen, obwohl ihr Gesamtergebnis hier mit 2,5 % um mehr als die Hälfte unter dem Wahlergebnis in Bremerhaven lag.

Auffällig ist überhaupt, daß sich in den letzten Jahren in Bremerhaven ein deutlich anderes Wahlverhalten als in der Stadt Bremen eingestellt hat. Die Wahlbeteiligung in Bremerhaven lag mit 51,8 % um gut 10 % unter der Beteiligung in Bremen Stadt (62 %), Ausdruck eines in Bremerhaven weit verbreiteten Gefühls der Resignation. Man fühlt sich nicht nur von Bremen dominiert und von der Politik des Bremer Senats systematisch benachteiligt, sondern auch die Hoffnung, daß sich in der nächsten Zeit an den trostlosen wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven der Stadt durch Wahlen etwas ändern würde, ist außerordentlich gering. Vor diesem Hintergrund ist auch das vom Ergebnis der Stadt Bremen deutlich abweichende Wahlverhalten zu interpretieren. Die SPD, die in Bremerhaven, einer traditionellen sozialdemokratischen Hochburg, 1995 auf 35,6 % abgesackt war, konnte diesmal wieder ihre Stammwähler zurückgewinnen und liegt mit 41,7 % deutlich vor der CDU, die mit 34,1 % sogar leicht hinter ihrem Ergebnis von 1995 (34,2 %) zurückgeblieben ist. Die Grünen in Bremerhaven sind mit 7,7 % de facto auf ein Ergebnis zurückgeworfen worden, das sie bereit 1980 bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven erreicht hatten. Dennoch fielen ihre Verluste hier geringer aus als in Bremen Stadt. Erwähnenswert ist schließlich noch, daß die FDP mit 4,6 % der Stimmen in Bremerhaven nur knapp an der 5 % Hürde gescheitert ist. Dieses überdurchschnittliche Ergebnis dürfte der Tatsache geschuldet sein, daß der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Manfred Richter seit einigen Jahren als Oberbürgermeister die Belange Bremerhavens vertritt und daß ein einflußreicher örtlicher Unternehmer öffentlich zur Wahl der FDP aufgerufen hatte.

Bei einer Zusammenfassung des Ergebnisses der Bremer Bürgerschaftswahl ist zunächst zu betonen, daß die Wahl ganz unter landespolitischen Gesichtspunkten stand und im Hinblick auf bundespolitische Trends nur bedingt aussagekräftig ist. Die Wähler haben eindeutig für eine Fortsetzung der Großen Koalition optiert, weil sie sich von dieser Konstellation auch in den nächsten vier Jahren die meisten Vorteile für das Wohl der Hansestadt an der Weser versprechen. Dennoch hat die Wahl einige Trends bestätigt, die bereits bei den vorhergehenden Wahlen in den letzten beiden Jahren deutlich geworden sind. Die beiden großen Volksparteien, denen in der Wahlforschung noch vor einigen Jahren aufgrund struktureller Faktoren deutliche Einbußen vorhergesagt worden sind, haben sich wieder stabilisieren können. Prekärer ist dagegen die Lage für die kleinen Parteien geworden. Dort, wo die FDP nicht als Mehrheitsbeschaffer gebraucht wird, sind ihre Perspektiven geradezu hoffnungslos. Aber auch die steile Karriere der Bündnisgrünen, die nach ihrem Wiedereinzug in den Bundestag 1994 bis Anfang 1998 von Wahl zu Wahl zulegen konnten, scheint vorerst beendet zu sein. Das Stammwählerpotential der Partei liegt zwar in den großstädtischen Milieus immer noch über 5 %, aber erst die nächsten Wahlen in den Flächenstaaten der alten Bundesländer werden zeigen, ob die Partei ihre gegenwärtige Krise meistern kann.

Ihre Schwäche in den neuen Bundesländern, wo die Grünen bei den Kommunalwahlen am 13. Juni dieses Jahres mittlerweile auf unter 3 % abgesackt sind, wird die Partei - wenn überhaupt - erst langfristig überwinden können. Die PDS schließlich, das zeigt das Bremer Wahlergebnis, ist und bleibt eine ostdeutsche Regionalpartei, die im Westen trotz aller Anstrengungen bisher kein Bein auf die Erde gebracht hat. Ein Unsicherheitsfaktor in der weiteren Entwicklung des Parteiensystems bleibt auch in Zukunft das Abschneiden der rechtsextremistischen Parteien. Zumindest unter bestimmten Voraussetzungen sind rechtsextremistische Parteien wie die DVU und die Republikaner mit Hilfe rechtspopulistischer Parolen in der Lage, enttäuschte Wähler, die sich von keiner der demokratischen Parteien mehr repräsentiert und angesprochen fühlen, zu mobilisieren. Dies gilt offensichtlich vor allem für jüngere männliche Wähler, die auch bei der Bürgerschaftswahl in Bremen überdurchschnittlich für die DVU votiert haben.